

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Haimut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Zukunftsforscher, Philosoph und Journalist war Robert Jungk. An seinen Kampf gegen Anpassung und Gedankenlosigkeit erinnert **Michael Müller MdB**

Seite 1

Zur Rückbesinnung auf Gemeinwohl, Solidarität und Mitmenschlichkeit ruft **Robert Antretter MdB** auf.

Seite 2

Eine Gründerwelle von technologieorientierten Unternehmen und nicht eine Kürzung des Forschungshaushalts braucht die Bundesrepublik Deutschland nach Meinung von **Horst Kubatschka MdB**.

Seite 4

Am Rande der Einsatzfähigkeit und nach dem Karlsruher Urteil vor einer unfreiwilligen Nagelprobe, sieht **Manfred Opel MdB** die Bundeswehr.

Seite 6

49. Jahrgang / 134

15. Juli 1994

### **Eine moralische Instanz** Zum Tode von Robert Jungk

Von **Michael Müller MdB**  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Robert Jungk ist tot. Der Mahner des Industriezeitalters, der unermüdlich die Menschen vor der eigenen Überheblichkeit abbringen wollte, ist gestern in seiner österreichischen Heimat gestorben. "Bobby", wie ihn seine Freunde nannten, warnte an der Schwelle zum Plutonium-Zeitalter nicht nur vor den fast unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer Hochleistungstechnik, deren Risiken dem unvollkommenen Menschen über den Kopf zu wachsen beginnen. Er war zugleich ein Visionär, der gegen den "Fortschritt in die Unmenschlichkeit" auf die Kreativität des Menschen für einen "sanften Weg" setzte. Sein Leben war ein Kampf für die Menschenrechte. Er vertraute auf Aufklärung und Vernunft, denn sein Verständnis von Freiheit war es, bewußt einer neuen Tyrannei entgegenzutreten, die aus der Anpassung an die Zwänge riskanter Technologien erwächst. Sein Buch "Der Atomstaat" ist nicht nur ein ökologisches Manifest, es ist vor allem ein Bekenntnis zum Humanismus.

Robert Jungk engagierte sich vor allem gegen die Gefahren der Atomenergie. Er war auf den Kongressen der SPD in den 70er Jahren, wo wir leidenschaftlich gegen die Atomkraft stritten. Er rief mit uns zu zahlreichen Großveranstaltungen auf, gegen Brockdorf, Kalkar, Grohnde oder die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen. Er war immer dabei und wurde zu einer moralischen Instanz, die nicht wort- und tatenlos zusehen wollte, wie zentrale Zukunftsentscheidungen mit der kalten Härte von Technokraten getroffen wurden.

Wir haben in den 70er Jahren vieles gemeinsam gemacht, zusammen mit Jo Leinen, Erhard Eppler und vielen anderen, die sich schon zu einer Zeit für eine ökologische Wende einsetzten, als es die Grünen noch längst nicht gab. Und mit Rudolf Scharping demonstrierten wir in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gegen den Bau des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich. Es war eine wichtige Zeit, ein Kampf gegen die Gedankenlosigkeit und Anpassung, in der der Zukunftsforscher, Philosoph und Journalist Robert Jungk eine ganz wichtige Rolle spielte.

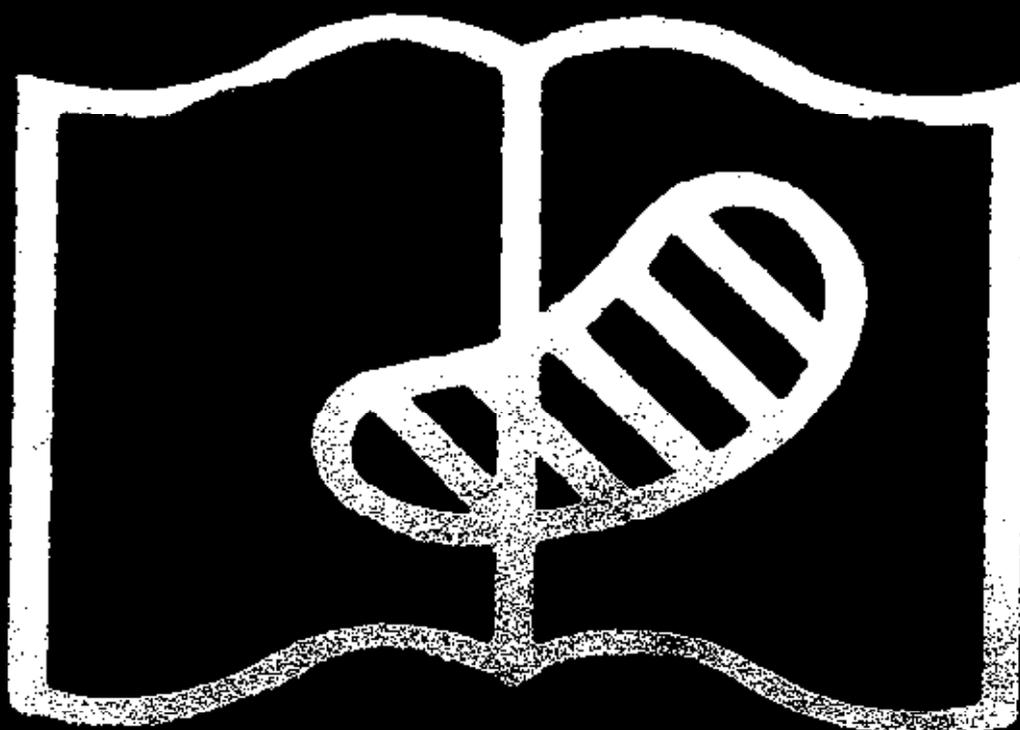
Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermindertem Umfang  
auf veredeltem Rohmaterial  
Recycling-Papier





heute die Einflüsse aus dem internationalen Rahmen zu berücksichtigen und soziale Wandel, als daß ein Politiker alle Einflußfaktoren bewerten könnte. Nirgendwann ist diese begrenzte Weitsicht der Politiker deutlicher geworden, als vor und nach dem Fall der Mauer, mit dem niemand von uns gerechnet hat. Seit Beginn der 90er Jahre leben wir in einem völlig neuen politischen und sozialen Koordinatensystem, und niemand kann heute mit dem Anspruch auftreten, die weitere Entwicklung in Osteuropa und insbesondere in Rußland nur einigermaßen sicher prognostizieren zu

können. Politiker sind keine Propheten, die ausgestattet mit der Allmacht eines umfassenden Wissens, mit einfachen Formeln und schönklingenden technokratischen Problemlösungen alles im Griff haben. Nur Ideologen können der Versuch nicht widerstehen, eine immer komplexer werdende Welt und den rasant sich vollziehenden technischen Fortschritt auf einfache Formeln bringen zu können. Das Scheitern der Gesellschaften in Osteuropa ist auch ein Scheitern dieses ideologischen Anspruchs. Was man von einem am Gemeinwohl orientierten Politiker erwarten können muß, ist, daß er mögliche Zielkonflikte bei den anstehenden Sachproblemen offenlegt, daß er Ziele nach ethischen und weltanschaulichen Maßstäben gewichtet kann und den der Politik zustehenden Handlungsspielraum voll ausschöpft. Nur dadurch können wir das Vertrauen in die Politik wieder gewinnen und der Orientierungskrise in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Denn das Grundvertrauen in die Politik beruht auch darauf, daß politische Entscheidungen zugeordnet werden können, daß der Bürger den Eindruck hat, daß Politiker vor den Gesetzen des Marktes, vor scheinbar unaufhaltsamen technischen Möglichkeiten oder anderen gesellschaftlichen und politischen Sachzwängen nicht kapitulieren. Lassen Sie mich das an einigen Beispielen aufzeigen.

Wir alle kennen die Exzesse, das Zurschaustellen von Menschen und das Herumschnüffeln in der Privatsphäre bei den neuen elektronischen Medien. Nur was grell und grausig ist, hat ja wie es einmal ein bekannter amerikanischer Journalist, Karl Bernstein, genannt hat noch eine Chance, im Privatfernsehen gesendet zu werden. Ich will keineswegs ausschließen, daß die Vielfalt unseres Mediensystems zu mehr Auswahl an Programmen geführt hat und dem mit Medien versierten Bürger den Zugang zu mehr Informationen verschafft. Es ist doch aber so, daß von diesem mittlerweile bestehenden Angebotsüberhang an neuen Informationsmöglichkeiten vor allem diejenigen profitieren können, die über die Voraussetzungen zur Verarbeitung dieser Informationsfülle verfügen; und das ist letztlich nur eine kleine Minderheit. Die breite Masse des Medianpublikums wird mit Informationshapfen abgefüttert, mit trivialen und stumpfsinnigen Darbietungen, die mit einfacher Kost wie Game-shows, Reality-shows auf die einfachsten Reflexe des Kleinhirns abzielen. Der Trend geht doch in eine einfache Richtung wie es einmal ein Politiker genannt hat: Erst dumm machen und dann für dumm verkaufen. Hier liegt das eigentliche Problem der gegenwärtigen Medienszene. Diese Entwicklung ist für mich ein Paradebeispiel dafür, wie die Politik gegenüber den sogenannten Gesetzen des Marktes abgedankt hat, wie sie all das, was die kulturelle Identität eines Volkes ausmacht den Marktkräften ausgeliefert hat. Ich möchte jetzt nicht so weit gehen, zu sagen, daß durch den stumpfsinnigen Konsum von Horrorvideos oder Sexfilmen Gewalt und menschenverachtende Einstellungen ausgelöst werden, unbestreitbar ist jedoch, daß derartige Sendungen in den elektronischen Medien eine Gewaltbereitschaft verstärken bzw. die Hemmschwelle gegenüber der Achtung der Menschenwürde herabsinken lassen. Wer hier mit Schlagworten vom mündigen Bürger operiert, wer den Medienkonsum ganz der Bevölkerung überlassen will, der geht im Grunde genommen davon aus, daß die Politik nicht einen am Gemeinwohl und an ethischen Maßstäben orientierten Rahmen zu setzen hat. Die soziale Marktwirtschaft beruht jedoch gerade darauf, daß der Staat zum Schutz der sozial Benachteiligten steuernd und ausgleichend eingreift und Chancengerechtigkeit herstellt. Ähnliche ordnungspolitische Rahmensetzungen benötigen wir auch bei der Medienwirtschaft, denn jede wirtschaftliche Teilordnung bedarf einer Grenzziehung gegenüber einer schrankenlosen Vermarktung. Wenn alle gesellschaftlichen Teilbereiche den ungezügelten Marktkräften unterworfen werden, gelten die Gesetze des Dschungels, wo der Stärkere begünstigt und der Schwächere aus dem Markt geworfen wird. Lassen Sie mich das an einigen weiteren Beispielen verdeutlichen:

Was soll man eigentlich davon halten, wenn ausgerechnet der Europarat, der sich dem Schutz der Menschenrechte verschrieben hat, unter bestimmten Voraussetzungen medizinische Eingriffe bei Behinderten zulassen will. So sieht es jedenfalls ein Konventionsentwurf des Ministerkomitees vor, der in diesen Tagen in Straßburg der Öffentlichkeit übergeben wurde und in dem die Rede davon ist, daß die Ergebnisse von Testverfahren zur Vorhersage von genetischen Krankheiten, die für gesundheitliche Zwecke und für wissenschaftliche Forschungen durchgeführt werden, künftig "bei übergeordneten Interessen" gemäß dem nationalen Recht auch außerhalb des Gesundheitswesens weitergegeben werden und der den Weg zur Forschung an menschlichen Embryonen bis zum 14. Tag ihrer Entwicklung eröffnet.

Seine Ziele hat er trotz großer Erfolge nicht erreichen können. Die Menschheit befindet sich noch immer auf jenem Urheilskurs, der meint, daß alles machbar sei. Und heute geht vielleicht sogar wieder mehr als noch vor einem Jahrzehnt der Glaube um, die Technik sei ein Ziel und nicht nur ein Instrument, über dessen Einsatz man bewußt entscheiden muß. Trotz Tschernobyl stehen weltweit rund 450 Atomkraftwerke. Auch in der Bundesrepublik wächst der Druck, neue zu bauen. In der Hysterie um den Industriestandort Deutschland fallen große Teile der Öffentlichkeit in alte Denkschablonen zurück, die gestrigen bekommen neuen Auftrieb.

Die Nachdenklichkeit, die Robert Jungk forderte, hat es heute wieder einmal schwer. Doch wir haben von ihm gelernt, daß kämpfen sich lohnt, besonders dann, wenn es schwierig ist. Vieles von seiner Kritik ist heute akzeptiert, aber die Aufgabe, unser Land auf einen neuen Kurs zu bringen, ist unverändert aktuell.

(-/15. Juli 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Den Schaden tragen unsere Kinder** **Aufruf zur Rückbesinnung auf Solidarität und Mitmenschlichkeit**

**Von Robert Antretter MdB**

"Was gehen mich andere an? - Zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl", so lautete das Thema einer der 'Zentralen Veranstaltungen' des 92. Deutschen Katholikentags in Dresden, zu dem der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Robert Antretter eingeladen war, zu sprechen und zu diskutieren. Robert Antretter, der auch dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken angehört, hat seinen Beitrag, den er in der Dresdener Kreuzkirche frei gesprochen hat, für den SPD-Pressedienst ausformuliert:

Das Thema Gemeinwohl betrifft den Kern des politischen Mandats, dem wir als freigewählte Abgeordnete des ganzen Volkes unterworfen sind. Man erwartet von uns, daß wir uns bei den anstehenden Sachentscheidungen trotz aller Parteibindungen und Einflüsse der Fraktionsführungen letztlich nur von unserem Gewissen leiten lassen. Ich will dahingestellt lassen, wie realistisch diese aus dem 19. Jahrhundert stammende Vorstellung in Anbetracht der vielfach beklagten Tendenzen zum Parteienstaat, zur Durchdringung des öffentlichen Lebens durch die Parteistrategen, noch ist. Eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Debatte, das Ringen um die sachlich richtige und nach gewissen weltanschaulichen oder ethischen Kriterien angemessene Lösung gehört jedoch zu den Grundvoraussetzungen einer repräsentativen Demokratie. Wo keine öffentliche Debatte stattfindet über die Konsequenzen unseres politischen Handelns erlahmt das Interesse an unserer Demokratie, und wenn die Politik sich durch vermeintliche Sachzwänge und scheinbar unaufhaltsame technische Entwicklungen das Gesetz des Handelns diktieren läßt, wenn die Politik nicht mehr ihren Gestaltungsspielraum ausschöpft, braucht man sich natürlich über Schlagworte wie Politik- oder Politikerverdrossenheit nicht zu wundern.

Ich möchte aber auch davor warnen, von den Politikern zu erwarten, daß sie für alle gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme Patentrezepte entwickeln können, die einen einfachen Ausweg aus der Krise verheißen. Kein seriöser Politiker kann heute von sich behaupten, daß er über ein sinnvolles und in sich geschlossenes Konzept verfügt, um alle Bürger unseres Landes in Arbeit und Brot zu bringen, um - mit anderen Worten - die Vollbeschäftigung wieder herzustellen. Zu vielfach sind heute die Einflüsse aus dem internationalen Umfeld und zu rasant verläuft der technische und soziale Wandel, als daß ein Politiker alle Einflußfaktoren bewerten könnte. Nirgendwann ist diese begrenzte Weitsicht der Politiker deutlicher geworden, als vor und nach dem Fall der Mauer, mit dem niemand von uns gerechnet hat. Seit Beginn der 90er Jahre leben wir in einem völlig neuen politischen und sozialen Koordinatensystem, und niemand kann heute mit dem Anspruch auftreten, die weitere Entwicklung in Osteuropa und insbesondere in Rußland nur einigermaßen sicher prognostizieren zu

können. Politiker sind keine Propheten, die ausgestattet mit der Allmacht eines umfassenden Wissens, mit einfachen Formeln und schönklingenden technokratischen Problemlösungen alles im Griff haben. Nur Ideologen können der Versuch nicht widerstehen, eine immer komplexer werdende Welt und den rasant sich vollziehenden technischen Fortschritt auf einfache Formeln bringen zu können. Das Scheitern der Gesellschaften in Osteuropa ist auch ein Scheitern dieses ideologischen Anspruchs. Was man von einem am Gemeinwohl orientierten Politiker erwarten können muß, ist, daß er mögliche Zielkonflikte bei den anstehenden Sachproblemen offenlegt, daß er Ziele nach ethischen und weltanschaulichen Maßstäben gewichten kann und den der Politik zustehenden Handlungsspielraum voll ausschöpft. Nur dadurch können wir das Vertrauen in die Politik wieder gewinnen und der Orientierungskrise in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Denn das Grundvertrauen in die Politik beruht auch darauf, daß politische Entscheidungen zugeordnet werden können, daß der Bürger den Eindruck hat, daß Politiker vor den Gesetzen des Marktes, vor scheinbar unaufhaltsamen technischen Möglichkeiten oder anderen gesellschaftlichen und politischen Sachzwängen nicht kapitulieren. Lassen Sie mich das an einigen Beispielen aufzeigen.

Wir alle kennen die Exzesse, das Zurschaustellen von Menschen und das Herumschnüffeln in der Privatsphäre bei den neuen elektronischen Medien. Nur was grall und grausig ist, hat ja wie es einmal ein bekannter amerikanischer Journalist, Karl Bernstein, genannt hat noch eine Chance, im Privatfernsehen gesendet zu werden. Ich will keineswegs ausschließen, daß die Vielfalt unseres Mediensystems zu mehr Auswahl an Programmen geführt hat und dem mit Medien versierten Bürger den Zugang zu mehr Informationen verschafft. Es ist doch aber so, daß von diesem mittlerweile bestehenden Angebotsüberhang an neuen Informationsmöglichkeiten vor allem diejenigen profitieren können, die über die Voraussetzungen zur Verarbeitung dieser Informationsfülle verfügen; und das ist letztlich nur eine kleine Minderheit. Die breite Masse des Medienpublikums wird mit Informationshapfen abgefüttert, mit trivialen und stumpfsinnigen Darbietungen, die mit einfacher Kost wie Game-shows, Reality-shows auf die einfachsten Reflexe des Kleinhirns abzielen. Der Trend geht doch in eine einfache Richtung wie es einmal ein Politiker genannt hat: Erst dumm machen und dann für dumm verkaufen. Hier liegt das eigentliche Problem der gegenwärtigen Medienszene. Diese Entwicklung ist für mich ein Paradebeispiel dafür, wie die Politik gegenüber den sogenannten Gesetzen des Marktes abgedankt hat, wie sie all das, was die kulturelle Identität eines Volkes ausmacht den Marktkräften ausgeliefert hat. Ich möchte jetzt nicht so weit gehen, zu sagen, daß durch den stumpfsinnigen Konsum von Horrorvideos oder Sexfilmen Gewalt und menschenverachtende Einstellungen ausgelöst werden, unbestreitbar ist jedoch, daß derartige Sendungen in den elektronischen Medien eine Gewaltbereitschaft verstärken bzw. die Hemmschwelle gegenüber der Achtung der Menschenwürde herabsinken lassen. Wer hier mit Schlagworten vom mündigen Bürger operiert, wer den Medienkonsum ganz der Bevölkerung überlassen will, der geht im Grunde genommen davon aus, daß die Politik nicht einen am Gemeinwohl und an ethischen Maßstäben orientierten Rahmen zu setzen hat. Die soziale Marktwirtschaft beruht jedoch gerade darauf, daß der Staat zum Schutz der sozial Benachteiligten steuernd und ausgleichend eingreift und Chancengerechtigkeit herstellt. Ähnliche ordnungspolitische Rahmensetzungen benötigen wir auch bei der Medienwirtschaft, denn jede wirtschaftliche Teilordnung bedarf einer Grenzziehung gegenüber einer schrankenlosen Vermarktung. Wenn alle gesellschaftlichen Teilbereiche den ungezügelten Marktkräften unterworfen werden, gelten die Gesetze des Dschungels, wo der Stärkere begünstigt und der schwächere aus dem Markt geworfen wird. Lassen Sie mich das an einigen weiteren Beispielen verdeutlichen:

Was soll man eigentlich davon halten, wenn ausgerechnet der Europarat, der sich dem Schutz der Menschenrechte verschrieben hat, unter bestimmten Voraussetzungen medizinische Eingriffe bei Behinderten zulassen will. So sieht es jedenfalls ein Konventionsentwurf des Ministerkomitees vor, der in diesen Tagen in Straßburg der Öffentlichkeit übergeben wurde und in dem die Rede davon ist, daß die Ergebnisse von Testverfahren zur Vorhersage von genetischen Krankheiten, die für gesundheitliche Zwecke und für wissenschaftliche Forschungen durchgeführt werden, künftig "bei übergeordneten Interessen" gemäß dem nationalen Recht auch außerhalb des Gesundheitswesens weitergegeben werden und der den Weg zur Forschung an menschlichen Embryonen bis zum 14. Tag ihrer Entwicklung eröffnet.

"Übereinkommend zum Schutz der Rechte und Würde des Menschen bei der Anwendung von Biologie und Medizin" lautet der offizielle Titel des Entwurfs, in dessen Artikel 5 es heißt, daß kein medizinischer Eingriff ohne freie und informierte Einwilligung der betroffenen Personen erfolgen kann; in dessen nachfolgenden Artikeln jedoch unter gewissen Bedingungen, wie z.B., daß ein "minimales" oder "vernachlässigbares" Risiko besteht, doch der Weg zu Forschungen bei behinderten Menschen freigemacht wird, vorausgesetzt, daß die Forschung nicht an gesunden Menschen durchgeführt werden kann.

Oder lassen Sie mich ein anderes aktuelles Beispiel nennen aus der Bundespolitik. In diesen Tagen hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich der Privatisierung der Bundespost zugestimmt. Mit der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens wurde deren angebliche Notwendigkeit begründet.

Die seitherigen Erfahrungen, die wir auf europäischer Ebene und im Weltmaßstab mit den Begriffen Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung gemacht haben, bestätigen aber die Befürchtung, daß nicht alles, was der Wirtschaft nutzt, auch dem Gemeinwohl dient. Es zeigt sich vielmehr, daß private Anbieter sich vor allem um die Gutverdienenden kümmern, der Rest fällt durch den Rost. (So Bischof Kamphaus in einem Interview am Beginn dieser Woche). In Dortmund werden mehrere hundert Briefkästen abmontiert und in meinem Wahlkreis sollen die öffentlichen Telefonhäuschen reduziert werden. Gewiß: Das tut den Reichen nicht weh; und diese Telefonhäuschen sind sicher auch nicht wirtschaftlich; aber dem Verunglückten, dessen Nächster einen Arzt rufen will, kann dieses wegprivatisierte Telefonhäuschen das Leben kosten.

Übrigens nicht nur für die Ärmere unter uns wird das Leben damit beschwerlicher. Auch die Einheiten der Wirtschaft selbst können kaum noch so groß sein, daß sie von der Deregulierungswut nicht aufgefressen werden. Die deutschen Führunternehmer haben die Probleme der Liberalisierung noch nicht überwunden und sogar der größere Teil der einst so mächtigen amerikanischen Zivilfluggesellschaften wurde in den Ruin dereguliert.

Offenkundig haben wir uns noch nicht abschließend darauf verständigt, ob die Gemeinwohlpflichtung auch für kommende Generationen gilt oder unsere Verantwortlichkeit sich nur bis zum Ende der gerade politisch Handelnden erstreckt. Wie anders könnte es sein, daß wir heute noch dem Schlachtruf "freie Fahrt dem freien Bürger frönen", wo doch die Amerikaner schon seit 20 Jahren uns mit der Tempobegrenzung von 55 Meilen mit beachtlichem Beispiel vorangehen. Und daß wir heute noch in der Bundesrepublik Deutschland Tag für Tag 1 Million qm Landschaft zubauen und einen Schuldenberg von 1 Billion DM aufgehäuft haben, für den der Staat allein im Jahr 1994 über 100 Milliarden DM nur für Zinsen bezahlen muß. Die Folgen dieses Handelns bzw. dieser Unterlassungen müssen unsere Kinder tragen, weil wir, eine Generation, der die Solidarität mangelt, zu gierig gelebt hat.

(-/15. Juli 1994/hgs/tr)

\*\*\*\*\*

### **Regierung vernachlässigt die Forschung** Forschungspolitik muß Arbeitsplätze schaffen

Von Horst Kubatschka MdB

Forschung und Entwicklung haben zur Zeit einen hohen Stellenwert. Dies ist eine neue Entwicklung, aber daraus haben sich noch nicht die notwendigen Konsequenzen für die Politik ergeben. Vor allem mit der finanziellen Ausstattung des Bundeshaushalts schaut es schlecht aus. Der Forschungshaushalt ist nicht im gleichen Rahmen gestiegen wie der Gesamthaushalt. Gleiche Steigerungsrate vorausgesetzt, müßte der Forschungshaushalt 12,5 Milliarden DM aufweisen. Tatsächlich betragen

die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung nur 9,5 Milliarden DM. Dies bedeutet ein Minus von 25 Prozent. Für die jetzige Bundesregierung ist der Forschungshaushalt zu einem finanziellen Steinbruch verkommen. Dies belegen auch die Zahlen: Pro Kopf der Bevölkerung wurden 1983 121 DM für Forschung und Entwicklung aufgewendet, 1992 waren es nur noch 97 DM. Erstmals seit 20 Jahren liegt der Haushalt des Forschungsministeriums unter zwei Prozent des Gesamthaushaltes. Vor zehn Jahren betrug der Prozentsatz noch 2,7 Prozent. Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik deutlich zurückgefallen. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt im Jahre 1991 wandte Japan 3,05 Prozent auf, während Deutschland nur noch auf einen Prozentsatz von 2,66 Prozent kam. Damit ist der japanische Anteil am Bruttosozialprodukt für Forschung und Entwicklung innerhalb von fünf Jahren um 0,23 Prozent angestiegen, während der Deutschlands um 0,22 Prozent gesunken ist.

Diese Zahlen sprechen für sich. Die SPD sieht daher in ihrem Regierungsprogramm vor, neue Prioritäten im Bundshaushalt zu setzen. Zentrale Aufgaben der Forschungs- und Entwicklungspolitik sind:

1. Wettbewerbsfähigkeit erhalten
2. Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern
3. Gesundheit und Umwelt schützen
4. technische Risiken beherrschbar machen.

Daneben darf aber der Erkenntniszuwachs, also die Grundlagenforschung nicht vernachlässigt werden. Grundlagenforschung ist leider etwas aus der Mode gekommen, sie ist aber trotzdem eminent wichtig für die zukünftige Entwicklung. Notwendig ist es aber, die Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung schneller in angewandte Forschung umzusetzen. Diese angewandte Forschung schaffe dann Produkte und neue Arbeitsplätze. Damit ist ein grundsätzliches Problem unserer Forschungs- und Entwicklungspolitik angesprochen. Es mangelt an der Umsetzung der Erkenntnisse in marktfähige Produkte. Das Versagen ist aber nicht einseitig nur auf Seiten der Wissenschaft zu sehen. Von den Banken wird zuwenig Risikokapital zur Verfügung gestellt. Der Staat leistet nicht genügend bei der Markteinführung. Zu der Lösung unserer Zukunftsprobleme ist es aber unbedingt notwendig, die Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung möglichst schnell umzusetzen.

Ich möchte dies an zwei Problemkreisen aufzeigen: Die Energieversorgung der Zukunft muß, bedingt durch den Treibhauseffekt, grundlegend in den nächsten 60 Jahren umgebaut werden. Unsere Art zu wirtschaften werden wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können. Das Wirtschaften muß in Richtung eines Kreislaufes erfolgen.

Um das Arbeitsmarktproblem in den Griff zu bekommen, ist es notwendig, technologieorientierte Unternehmensgründungen zu fördern. Dies schlägt die SPD in ihrem Regierungsprogramm vor. Wir brauchen eine Gründerwelle von technologieorientierten Unternehmen, um die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen.

(-/15. Juli 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Bundeswehr am Rande der Einsatzfähigkeit**  
**Das Urteil von Karlsruhe: Nagelprobe für die Bundeswehr**

Von Manfred Opel MdB

Etwas hilflos und bekümmert steht die Regierungs-Riege jetzt vor der Offenheit und Weite des Spruchs von Karlsruhe.

Was wäre da in der Vergangenheit alles erlaubt gewesen?

Und welche Begehrlichkeit hat man künftig von den Partnern und den Vereinten Nationen zu erwarten?

Der UN-Generalsekretär weiß doch ganz genau, daß die Deutschen "gute UN-Mitglieder" sind. Sie zahlen - anders als fast alle anderen - ihre Rechnungen für UN-Einsätze fast vollständig selbst.

Außerdem wird man schwerlich NEIN, selbst zu umfangreichen Forderungen aus New York, sagen können. Schließlich will man ja mit Macht einen ständigen Sitz im Welticherheitsrat haben. Die selbstgestellte Falle funktioniert. Ausflüchte sind kaum möglich. Denn schließlich hat jede deutsche Bundesregierung eine parlamentarische Mehrheit. Die parlamentarische Bremse greift also nicht, wie sehr man auch auf das Pedal drückt.

Die Zustimmung des Bundestages zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr kann so unvermittelt zur Zerreißprobe für jede Regierung und jede Koalition werden.

Erschreckt warnte daher Minister Kinkel, der es fertigbrachte, in Karlsruhe zugleich Antragsteller und Antragsgegner zu sein, vor raschen Entscheidungen.

Und Minister Rühe weiß, daß er die Bundeswehr durch konsequentes Mißmanagement schon jetzt an den Rand der Einsatzfähigkeit getrieben hat. Schnell läßt sich das Desaster nicht beheben. Um die schlimmsten Lücken zu schließen, bräuchte man sofort viele Milliarden und mindestens zwei bis drei Jahre Zeit.

Jetzt kommt es an den Tag, daß die Bundeswehr durch unverantwortliches Zurückschneiden von Ausrüstung und Ausbildung allenfalls zur "Landesverteidigung mit Vorlauf" taugt. Die strukturelle Anpassung der Bundeswehr an Bündnisverteidigung und größere Flexibilität im Einsatz unterblieb.

Das ohnehin knappe Geld wurde im wesentlichen für Personalkosten und teure Reparaturen sowie sogenannte "Kampfwertsteigerungen" veralteter Systeme ausgegeben.

Man jagte jahrelang der Ideologie der großen Zahl nach. 370.000 Soldaten sollten es sein. Ohne Rücksicht darauf, ob die Soldaten einsatzorientierte Tätigkeiten ausführten, ob ihre Ausrüstung modern genug war und ob ihre Ausbildung den Anforderungen entsprach, wurde nur zahlenmäßig eine große, aber stetig im Einsatzwert bröckelnde Armee unterhalten.

Die scheinbare Rettung lag darin, daß man eine Zwei-Klassen-Armee schuf. Die kleinen sogenannten "Krisen-Reaktions-Kräfte" sollten alles bekommen, der große Rest der "Hauptverteidigungs-Kräfte" behielt die alten Klamotten.

Doch auch diese Rechnung machte die Regierung ohne den Wirt. Der heißt Theo Waigel.

Dieser verkündete vor wenigen Tagen, wie er es auch im letzten Jahre getan hat, daß es im Bundeshaushalt 1995 in allen Bereichen Kürzungen geben werde. Also wohl auch in der Verteidigung.

Durch den Karlsruher Spruch wird sich daher die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit noch weiter öffnen. Die groß verkündeten Beschlüsse der Bundesregierung, am 1. Januar 1996 die Bundeswehrstärke auf 340.000 Soldaten senken zu wollen, sind bereits Makulatur. Die Zahl wird schon heute fast erreicht!

Es rächt sich jetzt bitter, daß die notwendige "große Bundeswehrreform" nicht durchgeführt wurde. Planungssicherheit und auftragsbezogene Strukturen sind in weite Ferne gerückt.

Das Karlsruher Urteil wird auf diese Weise unfreiwillig der Bundesregierung die Nagelprobe aufzwingen. Die ersten Euphorie der Hardthöhe wird bald drängender Ernüchterung weichen. Die Schönerwetterwolken des heimischen Friedens haben sich auf Dauer verzogen.

(/15. Juli 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*